

Unsere redliche Genossenschaftsbewegung

Autor(en): **Vogel, Paul Ignaz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profil

Paul Ignaz Vogel

Unsere redliche Genossenschaftsbewegung

Unser Land erlebte während des Zweiten Weltkrieges den Zusammenschluss aller patriotischen Kräfte gegen die unmenschliche Bedrohung des Nationalsozialismus. Die Schweizerinnen und Schweizer waren sich, über Parteigrenzen hinweg, nähergekommen. «Burgfrieden» nannte man das oft. Hier entwickelte sich die spätere Ausprägung der Konkordanzdemokratie, die mit dem Schlüssel der Bundesratszauberformel ihre vorläufige Krönung fand. Das Selbstbewusstsein unserer Arbeiterbewegung war auch während des Krieges gewachsen.

1942 hielt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in ihrem Programm «Die neue Schweiz»¹ fest: «Nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Welt anders aussehen, als sie vordem war. Es wäre eine falsche Hoffnung und eine verhängnisvolle Illusion, beim Wiederaufbau dort ansetzen zu wollen, wo Politik und Wirtschaft im Jahre 1939 standen.»

Wie sahen die damaligen Vorstellungen für eine soziale und demokratische Nachkriegswirtschaft aus? Das Parteiprogramm «Die neue Schweiz» legte einen starken Akzent auf die Gemeinwirtschaft und auf einen genossenschaftlichen Aufbau des Wirtschaftslebens. Da während des Krieges die Kriegswirtschaft in staatlicher Lenkung Versorgungskrisen und Produktionsschwierigkeiten bewältigen musste, entstand aus dieser praktischen Erfahrung auch der Ansatz zu neuen Ansichten: dass nämlich die bis 1939 geltende freie Marktwirtschaft nicht alleinseligmachende Möglichkeit zum wirtschaftlichen Wohle des ganzen Volkes bleiben müsse; Alternativen könnten neue Wege aufzeigen. Nicht zufällig war auch *Robert Grimm* im Rahmen des «Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes» tätig.

1942 bekannte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in ihrem Programm «Die neue Schweiz» unter dem Titel «Die sozialistische Ordnung von Staat und Wirtschaft»: «Das Ziel ist eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Schweiz auf freiheitlich genossenschaftlicher Grundlage, in der Absicht, durch Befreiung von der Herrschaft des Kapitals dem gesamten Schweizervolk Wohlstand und Kultur zu sichern.» Verwirklicht werden sollten diese hohen Ziele durch die Einrichtung einer krisenfreien Wirtschaft mit einem Mitspracherecht der Arbeiter und Angestellten. Gemeinwirtschaftliche Unternehmungen waren das Erstrebenswerte: «Industrien, die eine ausgesprochene Monopolstellung einnehmen

oder schon jetzt trustartig zusammengefasst sind, ferner Industrien, die bereits mehr oder weniger als öffentlicher Dienst organisiert oder von besonderer Bedeutung für die Staatssicherheit sind, werden in Gemeineigentum übergeführt. Je nach den Verhältnissen werden sie als Unternehmungen des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden, als eigene Selbstverwaltungskörperschaften des öffentlichen Rechts oder als Genossenschaften betrieben.»

Eid-Genossenschaft und Einführung der AHV

Im Jahre 1947 musste das Schweizervolk zur Abstimmungsvorlage über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) Stellung beziehen. Diese Gesetzesvorlage war noch unter dem Eindruck der nationalen Solidarität des ganzen Volkes während des Zweiten Weltkrieges entstanden. Auch der «Verband Schweizerischer Konsumvereine» (VSK) beschloss, die Vorlage über die AHV so kräftig wie möglich zu unterstützen.² Am Abstimmungstag gelangte ebenfalls ein neuer Wirtschaftsartikel für die Bundesverfassung zur Abstimmung. Im Kanton Bern referierten an gemeinsamen Veranstaltungen jeweils ein Redner der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, später SVP) über diesen Wirtschaftsartikel; ein Sozialdemokrat oder ein Gewerkschafter sprach über die AHV. Damit konnten sich beide Vorlagen auf eine breite politische Trägerschaft abstützen, einseitige parteipolitische Propaganda blieb aus; dies ermöglichte denn auch dem VSK seine aktive Unterstützung.

Am 1. Juni 1947 trafen sich rund 6000 bernische Genossenschafter beim Grauholzdenkmal. Nationalrat *Robert Bratschi*, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, hielt das orientierende Referat, *Max Weber*, späterer Bundesrat und damaliger Direktionspräsident des VSK, wies in seiner Begrüssungsansprache auch auf die Angriffe gegen die Genossenschaftsbewegung hin. Ein Jahr später, 1948, traf sich diese Landsgemeinde der Genossenschafter wiederum beim Grauholzdenkmal. Der sozialdemokratische Regierungsrat *Samuel Brawand* erinnerte an die einhundertjährige Bundesverfassung, Nationalrat *Max Weber* wandte sich gegen die Angriffe gegenüber der Genossenschaftsbewegung auf fiskalischem Gebiet; es gab Pläne der Gegner, die genossenschaftliche Rückvergütung einer schärferen Besteuerung zu unterziehen.

Hochkonjunktur hadert mit dem Genossenschaftsgedanken

Das SPS-Parteiprogramm «Die neue Schweiz» hatte 1942 seine klaren Hoffnungen auf die Wirtschaftsdemokratie zum Wohle des ganzen Volkes ausgesprochen; der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Krieg vollzog sich jedoch wiederum in den gewohnten Bahnen der freien Marktwirtschaft, und so ist es nicht erstaunlich, dass das heute geltende Parteiprogramm, welches der Parteitag der SPS 1959 in Winterthur angenommen hatte, sich etwas allgemein zum Genossenschaftswesen bekennt³: «Die

Sozialdemokratie unterstützt daher die Anwendung echter genossenschaftlicher Grundsätze in allen Wirtschaftsgebieten», heisst es, nachdem dem Genossenschaftswesen ein Kränzchen gewunden worden ist: «Die Genossenschaft ist die älteste Form der Wirtschaftsdemokratie. Sie ermöglicht, namentlich den wenig bemittelten Volkskreisen, Konsumenten, Arbeitern, Angestellten, Bauern, Gewerbetreibenden, sich die organisatorischen und technischen Vorteile der modernen Wirtschaftsführung in gemeinsamen Unternehmungen nutzbar zu machen.»

Kein Wunder daher, dass im Zuge der intellektuellen 1968er-Bewegung auch die Jugend vom Genossenschaftsgedanken ergriffen wurde. Not tut Aufklärung, denn Schwarmgeisterei, Versuche missglückter Kooperativen, Bildung von kleinen Lebensgemeinschaften mit stark individuellem Einschlag, Beschränkung auf Wirtshausgenossenschaften mit der entsprechenden Sozialromantik lassen vergessen, dass die Genossenschaftsbewegung kein Experimentierfeld ist, für deren allfällige wirtschaftliche Misserfolge irgendwer im Sinne der Schuldendeckung – mit Spenden – aufkommen muss. Wirtschaftliche Prosperität und wirtschaftlicher Erfolg sind die Gradmesser der Genossenschaftsbewegung, denn nicht nur die bessere Arbeits- und Lebensqualität, sondern auch der bessere Ertrag stehen im Zentrum.

Lob des Erfolgreichen

Der Generationenwechsel in unserer Bewegung kann nicht dazu führen, dass die Jüngeren so sehr eigene Erfahrungen machen, dass sie schliesslich frustriert nur noch den inneren Widerspruch zwischen erklärtem Ziel und Praxis sehen. Mitmachen, mitdenken, anregen, «Genossenschaften – wie weiter?» war die Frage, die an einem Tageskurs im Coop-Bildungszentrum in *Muttenz* vom Gewerkschaftskartell Baselland gestellt wurde, und auch eine Trennungslinie drängte sich auf. Kritik erfolgte aus Sympathie, unsere Genossenschaftsbewegung verdient redliches Mitmachen, andere Bewegungen sind für uns nicht Gegenstand des Tuns; wir stehen in allen Jahreszeiten zu unserer Genossenschaft – als Genossenschafter.

Die Erwartung des einzelnen seiner Genossenschaft gegenüber sind demokratische Struktur, wirtschaftlicher Erfolg, gute Arbeitsbedingungen, gute Dienstleistungen, Lebensqualität und kulturelle Bereicherung; die Genossenschaft erwartet von ihren Mitgliedern Engagement und Solidarität.

Zum Thema «Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften» sprach in *Muttenz* die VHTL-Zentralsekretärin *Rita Gassmann*. Sie erinnerte an die Gründung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine im Jahre 1890 in Olten, der Rat und Auskunft zu geben und genossenschaftliche Grundsätze zu verbreiten hatte. Zwei Jahre nach seiner Gründung schon betonte der VSK die Wünschbarkeit gemeinsamer Einkäufe. Heute verfügt die Coop Schweiz mit fast siebzig regionalen Coop-Genossenschaften und

mit mehr als einer Million Mitgliedern über das dichteste Netz von Verkaufsstellen und ermöglicht fast der ganzen Bevölkerung, zu gleich günstigen Bedingungen einzukaufen. Rita Gassmann erinnerte auch an den schweren Stand der Genossenschaftsbewegung in der wirtschaftlichen Hochkonjunktur: «In der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Industriestaaten hat die echte Genossenschaft einen schweren Stand. Ende 1976 waren in der Schweiz 92 000 Aktiengesellschaften im Handelsregister eingetragen, Genossenschaften deren 13 363. Die Zahl der Genossenschaften stagniert, während sich die Zahl der Aktiengesellschaften in den Jahren 1950 bis 1970 verdreifacht hat.»

In der gewerkschaftlichen Vertragspolitik war die Coop Zürich unter *Herman Greulich* bereits im Jahre 1907 bereit, auf ihre Kosten die Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Unfall und Krankheit zu versichern. Das führt direkt zur aufgeschlossenen Haltung der Coop von heute in bezug auf die Ferienregelung. Ab 1980 geniessen in fast allen Coop-Betrieben die Mitarbeiter eine vierte Ferienwoche. Wichtig, so Rita Gassmann, sei es, die Ziele und die Politik der Coop-Bewegung allen Gewerkschaftsmitgliedern und auch weiteren Kreisen wieder bewusst zu machen «und zu beweisen, dass es noch eine andere Haltung in unserem Leben geben kann als nur die reine Konsumhaltung».

Produktiv- und Freizeitgenossenschaften

Am Gewerkschaftskurs in Muttenz war auch zu erfahren, dass schon 1932 der spätere VSK-Präsident, Nationalrat und Bundesrat *Max Weber* den Verband Schweizerischer Produktivgenossenschaften gegründet hatte. *Peter Bernasconi*, Geschäftsführer der Malergenossenschaft in Basel, wies auf diesen Verband hin. Mit ihm sollten Produktivgenossenschaften im Bereich der Bauwirtschaft gefördert werden. 1948 wurde die Malergenossenschaft Basel gegründet; sie prosperiert heute. Ihr Geschäftsführer, Peter Bernasconi, wies so auf das Prinzip der Solidarität hin: «An der Weihnachtsfeier habe ich zu unseren Kollegen gesagt: Wir sind für die Malergenossenschaft da, und die Malergenossenschaft ist für uns da. In diesen einfachen Worten schwingt vielleicht etwas mit, das den Erfolg der letzten Jahre, den wir zusammen hatten, erklären mag.»

Hans Willi äusserte sich im Rahmen des Gewerkschaftskurses «Genossenschaften – wie weiter?» über eine Genossenschaft im Freizeitbereich und erwähnte das Beispiel des Familiengärtnervereins Füllinsdorf. Die Familiengärten entstanden rings um die Städte für Familien, die ausserhalb der Stadt Erholung suchen. Ab 1880 stellten Basler Seidenfabrikanten ihren Beschäftigten sogenannte Arme-Leute-Gärten zur Verfügung. Aus diesem privatwirtschaftlichen Fürsorgedenken entwickelte sich die tätige Selbsthilfe. 1925 entstand, nach einem Referat des sozialdemokratischen Basler Regierungsrates *Gustav Wenk*, an der Berner Ausstellung für Land- und Forstwirtschaft der Schweizer Familiengärtner-Verband. 1975 er-

folgte der Anstoss für die Füllinsdorfer Familiengärtner-Vereinigung; die SP Füllinsdorf nahm die Diskussion auf und beschloss in ihrer Sektionsversammlung, Schritte zur Förderung des Projektes einzuleiten. Die Gründung einer konfessionell und parteipolitisch neutralen Familiengärtner-Vereinigung war die Folge. «Im Birch» konnte nach der Umzonung der Landwirtschafts- in eine Erholungszone ein Pachtvertrag auf 30 Jahre abgeschlossen werden. Hans Willi: «Das harte Ringen um das gesteckte Ziel hat die Vereinigung innerlich gefestigt. Solidarität heisst die Basis dieses gelungenen Werkes.»

Benutzte Literatur:

¹ Die neue Schweiz, SPS, Dezember 1942.

² Geschichte der Konsumgenossenschaften des deutschen Sprachgebietes der Kantone Bern und Freiburg, Inaugural-Dissertation Bern, Hans Stauffer, Basel, 1957.

³ Das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Zentralsekretariat SPS, Bern, 1972.